Presse

Forum für Zukunftsenergien

Nr. 26/17 vom 05.11.2026

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Die Novelle des WindSeeG:
Ausschreibungsdesign, Differenzverträge und Marktrealitäten

Berlin, 4. November 2026 – Das Bundeskabinett hat den Entwurf zur Novellierung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) beschlossen. Die Neuregelung adressiert die aktuellen Herausforderungen beim Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland und soll die rechtlichen Rahmenbedingungen für künftige Ausschreibungsrunden, Planungsverfahren sowie die Systemintegration anpassen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, Investitionssicherheiten neu zu ordnen, Verfahren zu straffen und den Rechtsrahmen an europäische Vorgaben sowie veränderte Marktbedingungen anzupassen. In diesem Zusammenhang diskutierte das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft, ob die geplanten Regelungen diesen Ansprüchen gerecht werden und welche Auswirkungen sie auf die Branche haben.

Der Blick auf den europäischen Nachbarn Dänemark bietet für die deutsche Gesetzesreform eine wertvolle Orientierung, da Dänemark ähnliche Herausforderungen bei den Ausschreibungsverfahren bereits erfolgreich bewältigt hat. **Amanda Ahlberg**, energiepolitische Beraterin der Königlich Dänischen Botschaft, gab in ihrem Impuls einen Überblick über die Neuausrichtung des dänischen Förder- und Ausschreibungsmodells für die Offshore-Windenergie. Auslöser für die dänische Neuausrichtung sei die gescheiterte Ausschreibung im Jahr 2024 gewesen, bei der für ein Volumen von sechs Gigawatt kein Gebot eingegangen war. Als direkte Reaktion darauf habe die Dänische Energieagentur gemeinsam mit der Technischen Universität Dänemark ein neues Fördermodell entwickelt. Dieses beruhe auf einer umfassenden Marktanalyse und ziele darauf ab, Risiken für Investoren spürbar zu senken. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen und stark gestiegener Investitionskosten sei eine gezielte staatliche Unterstützung unverzichtbar geworden, um die Tragfähigkeit der Projekte zu sichern. Kernstück der dänischen Strategie sei eine grundlegende Anpassung der Rahmenbedingungen an die realen Marktbedürfnisse. Um das Ausfallrisiko zu verringern, sei das Ausschreibungsvolumen von ursprünglich sechs auf 2,8 Gigawatt reduziert worden. Zudem gewähre das neue Modell den Entwicklern mehr Flexibilität während der Bauphase. Ein weiterer wichtiger Baustein sei die Erhöhung der Förderobergrenzen sowie die Indexierung des Strikepreises und des maximalen Förderbetrags, um Preissteigerungen effektiv abzufedern. Neu eingeführt werde zudem ein produktionsunabhängiger Contract for Difference (CfD). Dieses CfD-Modell adressiere den gezielten Unterstützungsbedarf, fange Preisunsicherheiten ab und fördere ein marktgesteuertes Verhalten im Einklang mit der europäischen Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie. Die Anpassungen stellten sicher, dass ausreichend finanzielle Mittel bereitstünden, um die Projekte wirtschaftlich attraktiv zu machen, während gleichzeitig das Strompreisrisiko für Projektentwickler auf ein Minimum reduziert werde. Das Vorgehen Dänemarks zeige exemplarisch, wie wichtig es sei, dem Markt zuzuhören und die Herausforderungen der Branche anzuerkennen. Die Rahmenbedingungen müssten kontinuierlich an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst

werden, um Risiken wirksam zu verringern und Ausschreibungen wieder erfolgreich zu gestalten. Vor diesem Hintergrund liege auch ein konkretes Gesprächsangebot der dänischen Energieministerin Samira Nawa an die deutsche Regierung vor, um sich über diese Erfahrungen und zukunftsfähige Lösungsansätze auszutauschen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von **Dr. Sebastian Bolay**, Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer und ehrenamtlicher Vorsitzender des Arbeitskreises „Zukunftsenergien", diskutierten **Hans Koller, MdB** (CDU/CSU), **Felipe Montero**, Geschäftsführer von Iberdrola Deutschland, **Dominik Hübler**, Managing Director bei NERA, **Jan Vollrath**, Vice President Offshore Sales bei Siemens Gamesa Renewable Energy, und **Korbinian Ott**, Geschäftsführer bei Steelwind Nordenham GmbH, über die Novellierung des Windenergie-auf-See-Gesetzes.

Ott verwies auf die aktuell schlechte Auftragslage und das Risiko, dass bereits bezuschlagte Projekte am Ende nicht gebaut würden. Dänemark könne hier als gutes Beispiel für Schnelligkeit dienen, um der Branche wieder Planungssicherheit zu geben. Vollrath schloss sich dieser Einschätzung an und warnte vor den Auswirkungen auf die Beschäftigung entlang der Wertschöpfungskette. Die Industrie stehe vor einem erneuten Fadenriss, da in den Jahren 2028 bis 2030 absehbar nicht einmal die Hälfte der europäischen Produktionskapazitäten für die Nachfrage außerhalb Chinas benötigt werde. Die stockende Umsetzung der Projekte bedrohe die Existenz der Lieferanten, wobei unklar sei, ob die Fabriken eine Auslastung von 50 Prozent halten können, da nicht alle der bereits bezuschlagten Projekte umgesetzt würden. Hübler stellte in diesem Zusammenhang die Frage in den Raum, wie strategisch mit diesen Projekten umzugehen sei, und sprach sich dafür aus, der Bundesnetzagentur bei den Rahmenbedingungen mehr Flexibilität einzuräumen. Beim zentralen Hebel der Indexierung bezeichnete Ott eine automatische Preisanpassung als unverzichtbaren Schritt, da es feste, an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasste Preise brauche. Montero schloss sich dieser Forderung an und plädierte dafür, sowohl die Indexierung als auch die Netzanschlüsse direkt in die Auktionen einzubeziehen. Zudem gab Montero zu bedenken, dass die aktuellen Gestehungskosten über den Preisen der Industrie lägen, weshalb für reine Power Purchase Agreements (PPAs) derzeit die Grundlage fehle und der Markt dringend funktionierende Differenzverträge (CfDs) benötige. Hübler merkte an, dass Netzanbindungen im Ausland deutlich günstiger realisiert würden und das deutsche Doppelvermarktungsverbot einen deutschen Sonderweg darstelle. Ott plädierte dafür, den Industrial Accelerator Act im Rahmen des WindSeeG umzusetzen, und hinterfragte offene Punkte beim Stahlpreiszoll im Hinblick auf Monopiles. Der CBAM sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, um die europäischen Lieferketten zu schützen, so Ott weiter. Montero sprach sich deutlich für die Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien des Net-Zero Industry Acts (NZIA) in das Ausschreibungsdesign aus, da diese die Wertschöpfung in der Region hielten. In diesem Zusammenhang warnte er jedoch vor starken Preissteigerungen. Die NZIA-Kriterien müssten daher vernünftig und ausreichend flexibel gestaltet werden, sodass Entwickler und Lieferanten wirtschaftlich tragfähige Lösungen finden könnten. Koller zeigte sich zuversichtlich, dass die angesprochenen Themen in den laufenden Gesprächen adressiert würden und der eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen werde. Es brauche klare und verlässliche Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze zu sichern, sowie eine funktionierende und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Daher sei der Wunsch nach CfDs besonders groß, wenngleich auch PPAs teilweise im Fokus stünden. Zudem wurde über die Anbindung von Elektrolyseuren diskutiert. Koller sprach sich dafür aus, dass auch Wasserstoff in Zukunft eine Rolle spielen werde. Es brauche insgesamt praktikable Lösungen, die in der Diskussion auch geliefert wurden, schloss Koller.

Wir danken **Iberdrola Deutschland** für die Unterstützung sowie dem **Deutschen Sparkassen- und Giroverband** für die Gastfreundschaft!

Die Präsentation steht in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
www.zukunftsenergien.de
LinkedIn @FfZeV